

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Die Rolle der Interparlamentarischen Union (IPU) im Zeitalter der Globalisierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vom 10. bis zum 16. Oktober wird die Interparlamentarische Union (IPU) ihre 102. Konferenz in Berlin abhalten. Vor 110 Jahren gegründet, war sie das erste ständige Forum für internationale politische Debatten und Kontakte. Mit der Förderung von Friedenskonzepten und internationalen Schlichtungsverfahren hat die IPU den Grundstein für die heutigen Formen institutionalisierter multilateraler Zusammenarbeit gelegt. Bedeutsam war die auf der Interparlamentarischen Konferenz in Den Haag 1894 verabschiedete Empfehlung zur Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes. Sie führte zur Errichtung des internationalen Schiedsgerichtshofes auf der Weltfriedenskonferenz 1899 in Den Haag. Zwischenzeitlich hat sich die IPU von einer kleinen Vereinigung zu einer weltweiten Organisation entwickelt. Ihr gehören mittlerweile Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 138 Mitgliedstaaten an. Damit ist sie die älteste, größte und einzige bedeutende parlamentarische Versammlung der Welt.

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland zählt zu den aktivsten in der IPU. Sie reicht zu den Konferenzthemen Resolutionsentwürfe ein und beteiligt sich intensiv an der Ausschuss- und Plenararbeit. Deutsche Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben mehrfach wichtige Funktionen in der IPU übernommen: So war Dr. Hans Stercken von 1985 bis 1988 Präsident des Interparlamentarischen Rates, des zentralen Gremiums der IPU. Mehrere Politikerinnen und Politiker des Deutschen Bundestages waren bzw. sind Mitglieder im Exekutiv-ausschuss bzw. Vorsitzende der *Gruppe der Zwölf Plus*, die in der IPU eine der geopolitischen „Fraktionen“ bildet. Die Gründung dieser wichtigen Gruppe geht auf den damaligen deutschen Delegationsleiter (1974), den Abgeordneten Dr. Klaus von Dohnanyi, zurück.

Zweimal im Jahr trifft sich die IPU zu Interparlamentarischen Konferenzen, um über globale politische, wirtschaftliche, kulturelle sowie menschen- und verfassungsrechtliche Themen zu diskutieren. Die IPU sieht ihre Hauptaufgabe darin, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die friedliche Kooperation zwischen den Staaten zu fördern. Innerhalb der IPU haben es sich die in der Gruppe der westlichen und mitteleuropäischen Länder (*Gruppe der Zwölf Plus*) vereinten Mitgliedstaaten des Europarates zum Ziel gesetzt, der Achtung der Menschenrechte sowie der Förderung von Bildung und Kultur weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Mit der *Allgemeinen Erklärung zur Demokratie* hat die IPU im Oktober 1997 ein wichtiges Dokument zukünftiger Gestaltung von Staat und

Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung einstimmig verabschiedet. Hierin fordert sie u. a. die Anwendung demokratischer Prinzipien auch auf die internationalen Beziehungen sowie weltweit operierende Organisationen.

Die IPU unterstützt die Arbeit der Vereinten Nationen, deren Ziele sie teilt. Im Herbst 1998 haben die Vollversammlung der Vereinten Nationen und die Interparlamentarische Konferenz eine Resolution zu enger Zusammenarbeit verabschiedet. Mittelfristiges Ziel der IPU ist es, die demokratische Kontrolle und Legitimation der Vereinten Nationen zu stärken.

Auf ihrer Herbsttagung in Berlin wird sich die IPU mit folgenden thematischen Schwerpunkten beschäftigen:

- a) Der Beitrag der Parlamente zur Durchsetzung der Genfer Konventionen anlässlich ihres 50. Jahrestages.
- b) Die Notwendigkeit einer Überprüfung der derzeitigen globalen Finanz- und Wirtschaftsmodelle.

Aus Anlass der Interparlamentarischen Konferenz in Berlin fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. die IPU zu unterstützen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte weltweit durchzusetzen;
2. dazu beizutragen, die IPU zur parlamentarischen Dimension der Vereinten Nationen zu machen;
3. die von den Interparlamentarischen Konferenzen verabschiedeten Resolutionen nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in internationalen Gremien und Institutionen zu implementieren, in denen Deutschland Mitglied ist. Dies bedeutet auch die Verstärkung der demokratischen Kontrolle internationaler Wirtschafts-, Handels- und Finanzorganisationen.

Als Gastgeber der fünften IPU-Konferenz in diesem Jahrhundert in Deutschland mögen der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung der 102. Interparlamentarischen Konferenz vom 10. bis zum 16. Oktober 1999 in Berlin zum Erfolg verhelfen.

Berlin, den 9. September 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion